

Antrag vom 22.02.2024	Nr.
------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
CDU-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Suchtmedizinische Ambulanz nicht mitten im Wohngebiet ansiedeln!

Das Klinikum Stuttgart plant aktuell seine Suchtambulanz in den Räumen der ehemaligen Getränkehandlung Bähr in Bad Cannstatt einzurichten. Hierüber wurde der Ausschuss für Soziales und Gesundheit des Gemeinderats in seiner Sitzung am 21.1.2024 informiert. Die Stadträte forderten dabei ausdrücklich, dass der Bezirksbeirat Bad Cannstatt frühzeitig und eng in die Planungen eingebunden werden soll. Dies ist ebenso zugesagt worden wie die Durchführung einer frühzeitigen Information und Beteiligung der Nachbarschaft, um eine möglichst hohe Akzeptanz zu erreichen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist der Bezirksbeirat leider nicht eingebunden worden. Es herrscht derzeit vor Ort eine große Unruhe und Unsicherheit in der Bevölkerung, da über das Vorhaben bereits in der Zeitung berichtet wurde, bevor zu einer Infoveranstaltung für die Anwohner eingeladen wurde.

Wir gehen davon aus, dass dies im Moment weiterhin nur eine Planung ist, zu der es auch noch alternative Varianten bezüglich des Standorts gibt. Wir sehen aktuell große Bedenken, ob bei der Infoveranstaltung die Bürgerschaft von dem Projekt an diesem Ort überzeugt werden kann. Sollte es dem Klinikum nicht gelingen, die Bedenken der Bevölkerung auszuräumen, muss nach unserer Überzeugung die suchtmedizinische Ambulanz - wenn - dann auf dem Areal des Krankenhaus Bad Cannstatt angesiedelt werden, was wir als CDU-Fraktion sowieso für sinnvoller halten würden.

Wir beantragen:

1. Eine zeitnahe öffentliche Berichterstattung über die Planungen im Bezirksbeirat Bad Cannstatt, wie sie von Seiten des Klinikums zugesichert wurde.
2. Eine erneute Berichterstattung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit des Gemeinderats und im Verwaltungsrat des Klinikums nach der Infoveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger und nach der Befassung des Bezirksbeirats.
3. Erst nach diesen Berichterstattungen werden weitere Entscheidungen zur Standortfrage der Suchtambulanz getroffen.

(gez.)

Beate Bulle-Schmid

Stv. Fraktionsvorsitzende

(gez.)

Bianka Durst

(gez.)

PD Dr. Markus Reiners